

Danziger Zeitung.

No 14960.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Retterhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 G. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1884.

Abonnements auf die Danziger Zeitung pro Dezember nimmt jede Postanstalt entgegen, in Danzig die Expedition, Retterhagerg. Nr. 4.

Telegramme d. Danziger Zeitung

London, 29. November. (W. T.) Gestern Vormittags ist nahe bei der Insel Wight der Schraubendampfer „Durango“ mit der Bark „Lute Bruce“ von Liverpool zusammengestoßen und in Folge des Stoßes gesunken. Die Schiffsmannschaft von zwanzig Personen ist umgekommen.

Telegr. Nachrichten der Danz. Zeitung.

Wien, 28. November. Die „Neue fr. Presse“ meldet eine Verschlechterung der österreichischen Activa durch das Fällissement der Preussischen Bank. Das Arrangement zwischen Österreich und der Kaiserin ist gescheitert.

Paris, 28. November. Das Abgeordnetenhaus genehmigte das gerichtliche Vorgehen gegen Verbovay in Angelegenheit des Unterschleifs der Glangogelder.

Rom, 28. November. Das amtliche Blatt veröffentlicht heute die Liste von 21 durch Decret vom 26. v. M. ernannten neuen Senatoren. — Die Staatseinnahmen im Jahre 1883 überstiegen die Voranschläge um 24 Millionen Lire, der effektive Ueberschuss der Einnahmen über die Ausgaben betrug 1 Million. Das Budget für 1884/85 weist trotz des Einflusses der Cholera-Epidemie einen Ueberschuss von 8½ Millionen auf. Für das Etatsjahr 1885/86 wird ein Ueberschuss von 11 Millionen veranschlagt.

Petersburg, 28. Novbr. Der Kaiser und die Kaiserin haben sich nach Gatschina begeben.

Politische Uebersicht.

Danzig, 29. November.

Im Gegensatz zu der turbulenten Sitzung am letzten Samstag, in welcher durch des Reichstages Kanzlers Eingreifen und seine geistreichen Plaudereien de omnibus et quibusdam aliis discutirt wurde, haben sich die beiden Verhandlungstage, in welchen die erste Lesung der Etats sich vollzog, meistens durchaus in den Grenzen strenger Sachlichkeit gehalten. Das Hauptinteresse nahm in der gestrigen Sitzung des Reichstages die Etatsrede des Abg. Richter in Anspruch. Er begann damit, einen Antrag anzukündigen mit der Aufforderung an die Regierung, die Indemnität für diejenigen Ausgaben nachzusuchen, welche ohne Genehmigung des Reichstages gemacht sind, und entrollte sodann ein treffendes Bild der herrschenden Finanzpolitik. Er kennzeichnete die Verwerflichkeit einer Finanzpolitik, die mit Versprechungen eingeleitet wurde, welche nicht gehalten werden können und auch nicht gehalten werden sind, einer Finanzpolitik, die nur die Lebensmittel vertheuert und die Konsumtionsfähigkeit des Volkes beeinträchtigt. Daß hierin die Quelle der allgemeinen Beunruhigung und Unzufriedenheit liegt, ist offenbar, und die Regierung ist es, welche mit ihren verfehlten Maßnahmen diese Unzufriedenheit allein veranlaßt und zu verantworten hat.

Er bezeichnete es als das Finanzprogramm der Freikämmer, nur dasjenige zu bewilligen, was für die Ausgaben im Reich notwendig sei und ließ an der Hand offizieller Altsprüche interessante Schlaglichter auf die Abwendung des Herrn v. Benda von dem altpreussischen und dem früheren nationalökonomischen Programm sowie auf die schon geltend gemachte Veränderung des Herrn v. Benda-Güls in seiner Stellung zur Getreidefrage fallen. Bezüglich der Finanzprojekte der Conservativen, mit welchen dieselben der mit getreuzten Armen daselbstenden Regierung entgegenkommen, hob er es als bezeichnend hervor, daß man am Zucker und an Branntwein vorsichtig vorbeigehe, die einzigen Quellen, welche bei richtiger Erschließung ergiebig fließen müssen.

Freilich, auf Seite der Conservativen will man daran nicht erinnert werden und das Wort, welches auf noch so gerechtfertigte, noch so eindringliche Mahnungen betreffs der die Landwirtschaft berührenden Steuern aus der Mitte der Conservativen herausfällt, ist immer wieder nur — höhere Kornzölle. So auch gestern Herr v. Köller, dem die Aufgabe zugefallen war, die Sache der Conservativen zu vertheidigen, und der sich dieser Aufgabe mit der ihm eigenen — Kühnheit erledigte. Der Hauptinhalt seiner Rede war eben eine eifrige Befürwortung der Getreidezölle. Das Beiwort war so, wie man es bei dem tapferen Landrath schon gewohnt ist. Nur ein Punkt möge erwähnt werden. Er hat zwar durchweg einen dreifachschneidenden Ton gegen Herrn Richter angeschlagen, immerhin läßt es die agrarischen Qualitäten des Herrn v. Köller doch in einem eigenthümlichen Licht erscheinen, wenn er „den Kohl“ erst „drückt“ und dann — „aufwärts“.

Einige Redner im Reichstage thaten in den letzten Tagen immer so, als ob die Zuckerkrise ganz plötzlich in die Welt gekommen sei, als ob Niemand sie hätte vorhersehen können. Der Abg. Senator Dr. Witte-Rostock, der jetzige Vertreter des zweiten Rheinischer Wahlkreises, konnte in der gestrigen Sitzung des Reichstages mit Recht darauf hinweisen, daß er, seit er im Jahre 1878 in den Reichstag trat, bei jeder geeigneten Gelegenheit auf die Gefahr hingewiesen, und daß er alle Instanzen, die Mitglieder des Bundesraths und der Regierungen, wie seine Kollegen im Reichstage und die Interessenten auf die große Gefahr für die Zukunft aufmerksam gemacht hat. Aber er fand an den meisten Orten, wo er anklopfte, kein williges Ohr. Er verlor vor 3 Jahren um dieser Frage willen sein Mandat, das er für den meißelburgerischen Wahlkreis Grevesmühlener-Hagenow inne-

gehabt hatte. Es befindet sich in jener Gegend eine der größten Rübenzuckerfabriken Deutschlands, deren Hauptbetheiliger Herr v. Ziele-Winkler ist, bekanntlich einer der reichsten Leute Norddeutschlands. Es stellte sich heraus, daß dieser und seine Gesinnungsgenossen im Stillen den Wahlkreis schon jahrelang hatten bearbeiten lassen, nur um den unbequemen Mahner in der Zuckersteuerfrage Dr. Witte aus dem Reichstag zu bringen, und in verschiedenen Wahlkreisen, wo seine Parteigenossen ihn bei Erhalt- und Nachwahlen in den Reichstag bringen wollten, zerstückte sich seine Candidatur jedesmal, weil gerade Witte's Stellung zur Zuckersteuerfrage immer als seine Wahl gefährdend betrachtet wurde, bis endlich nach Kisters Tode er in Sonneberg, wo die Zuckerindustrie nicht von so großer Bedeutung ist, einen Wahlkreis fand.

Der neue Börsensteuergesetzentwurf v. Wedell-Malchow ist gegen den letzten nur wenig abgeändert.

Um das solide, reelle Baarengeschäft, namentlich das mit inländischen Waaren, zu schonen, ist in der Befreiungsvorschrift A 1 die Grenze des Beginns der Abgabepflichtigkeit bei Waarengeschäften von 1000 auf 10 000 Mk. erhöht. Ferner ist zum Schutz der Landwirtschaft und Industrie in der Befreiungsvorschrift A 3 und 4 bestimmt, daß Geschäfte über solche Waaren abgabenfrei sein sollen, welche von einem der Contrahenten selbst erzeugt oder handwerklich oder fabrikmäßig hergestellt, oder welche zum Weiterverkauf nach vorgängiger Ver- und Verarbeitung durch einen der Contrahenten bestimmt sind. Endlich ist in der Befreiungsvorschrift B angeordnet, daß die erhobene Abgabe erstattet werden soll, wenn der Nachweis geführt wird, daß die über inländische Sachen und Waaren abgekauften Geschäfte unmittelbar unter den Contrahenten durch wirkliche Auslieferung an den Erwerber erfüllt worden sind.

Somit ist alles Wort für Wort dasselbe wie die Vorlage des Bundesraths. Sogar der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes (1. April 1885) ist beibehalten. Möglicher Weise hat der Antrag Wedell-Malchow wesentlich den Zweck, praktische Gegenstände aus den Kreisen der Börsewelt hervorzurufen. Mit welchen Illusionen man sich in conservativen Kreisen trägt, zeigt ein Vorgang in der gestrigen Reichstagsitzung. Als der Abg. Richter in seiner Rede an die Herren die Anfrage richtete, welchen Ertrag sie denn von der Börsensteuer erwarteten, erfolgte aus dem Hause der Zuruf: 30 bis 50 Millionen! In den Motiven der Bundesrathsvorlage war zwar erklärt, daß die jetzige Einnahme aus Nummer 4 des Tarifs im Gesetz von 1882 in Höhe von 2 784 000 Mk. pro 1884/85 — im Etat für 1885/86 ist die Einnahme nur auf 2 320 000 Mk. veranschlagt — durchaus unbefriedigend sei, aber ein Anschlag des Ertrages der neuen Steuer ist nicht einmal versucht worden.

Dem Reichstage sind die üblichen Nachrichten über die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin, Hamburg und Altona vom 1. Oktober d. J. bis 30. September 1885 zugegangen. Obgleich die bezüglichen Beschlüsse des Bundesraths vor dem 1. September gefaßt sind, motivirt die preussische Denkschrift dieselben mit dem Verhalten der Socialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen am 28. Oktober. Daß die Partei bei den Reichstagswahlen eine mehr gemäßigte Haltung eingenommen habe, wird gleichzeitig als „das Ergebnis rein taktischer Erwägungen“ und als „eine heilsame Wirkung der Ausnahmemaßregel“ bezeichnet. Die eigentlich anarchische Gruppe, gegen welche das Socialistengesetz gerichtet sei, betheilige sich an den Wahlen überhaupt nicht, aus dem Anwaschen der für die Socialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen abgegebenen Stimmen ließen sich daher weder für die Unbetheiligung noch gegen die Wirksamkeit der durch das Gesetz von 1878 den Regierungen anvertrauten Vollmachten Argumente herleiten. Weiter wird constatirt, daß die socialreformatorischen Vorlagen der Regierung den Vorwand für eine heftige Agitation der Partei, die letzten Stadtverordnetenwahlen aber die Gelegenheit zur „Bildung eines fast die ganze Stadt umfassenden Netzes von sogenannten Arbeiterbezirksvereinen mit thatsächlich socialdemokratischer Tendenz“ gegeben hätten. (Minister v. Büttner gesteht also jetzt seine Dämonie ein.) Auch die sogenannte „gemäßigte Richtung“ betrachte die gewaltthätige Lösung der socialen Frage als „die mit Naturnotwendigkeit früher oder später zu erwartende Entwicklung der Dinge“. Im 1. Quartal d. J. sind 17, im 2. 15 öffentliche Versammlungen wegen des aufreizen Inhalts der Reden verboten worden; die socialistische Partei, namentlich der „Socialdemokrat“, fand eine zahlreichere Verbreitung. Die in Oesterreich, England, Rußland und Frankreich, sowie in der Schweiz, Belgien und Preußen, die Gleichartigkeit der Bestrebungen der deutschen und der ausländischen Socialdemokratie ließen die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit beinahe schon zur Tagesordnung gehören und auch in Berlin der Boden für solche Störungen schon vorbereitet sei.

Gestern ist die zweite kaiserliche Kammer vertagt worden, voraussichtlich tritt sie Mitte Januar wieder zusammen.

Ueber Deutschlands Stellung zur ägyptischen Frage meldet der Berliner Correspondent der „Morning Post“ unter dem 26. d.: In einer Unterhaltung, die ich heute Abend mit verschiedenen Diplomaten hatte, fand ich heraus, daß unter ihnen die allgemeine Ueberzeugung vorherrscht, Deutschland und Frankreich seien zu einem Einverständnis bezüglich ägyptischer Angelegenheiten gelangt; und es kann kaum bezweifelt werden, daß Frankreich mit augenscheinlicher Befriedigung auf das Resultat blickt. Das französisch-deutsche Einvernehmen veranlaßt beide Mächte zur Verfolgung einer England antagonisirenden Politik.

Kürzlich wurde aus Capstadt gemeldet, daß daselbst ein Mitglied der Expedition Höpfer mit neuen Kaufcontracten über Gebiete nördlich von Angra Pequena angekommen sei. Weitere Mittheilungen darüber sind nicht eingetroffen. Aber auch dem „Standard“ wird aus Berlin geschrieben, daß Deutschlands neueste Pläne die Ausdehnung der deutschen Besitzungen in Angra Pequena umfassen. Das Blatt behauptet zugleich, daß Deutschland auch die Absicht habe, eine Station in der Nähe der Delagras-Bai anzulegen. Was an dieser Meldung wahres, wieviel das Product englischen Mißtrauens ist, muß freilich dahingestellt bleiben.

Die holländische zweite Kammer genehmigte gestern mit 66 gegen 8 Stimmen das Gesetz betr. die Abänderung des Artikel 198 der Verfassung, wonach die Revision derselben während der Regentschaft, ausgenommen die Artikel betreffend die Thronfolge, gestattet ist.

Der Ideenaustausch zwischen den Führern der Opposition im englischen Parlament und der Regierung über die Wahlkreis-Einteilung ist wider Erwarten noch nicht zum Abschluß gekommen; es scheinen sich neue Schwierigkeiten herausgestellt zu haben.

Dem Unterhaus liegt gegenwärtig eine von drei liberalen und drei conservativen Abgeordneten unterzeichnete Bill zu Gunsten der Ausdehnung des parlamentarischen Stimmrechts auf Frauen vor. Neuerdings ist der Vorlage eine Clause hinzugefügt worden, welche verheiratete Frauen von der Wahlregel ausschließt. Diese Clause hat der Vorlage in beiden Parteien neue Anhänger gewonnen und es ist nunmehr gegründete Aussicht auf Annahme derselben vorhanden. Gladstone soll versprochen haben, nicht wieder gegen die Vorlage zu stimmen.

Reichstag.

5. Sitzung vom 28. November.

(Zur Ergänzung des telegraphischen Berichts in der heutigen Morgennummer lassen wir hier ein ausführliches Referat über den zweiten Theil der Sitzung folgen.)

Abg. Richter: Ohne mich auf die einzelnen Etats in dem vorgerückten Stadium der Discussion einzulassen, will ich nur die Verpflichtung betonen, die Ausgaben diesmal viel schärfer anzusehen, als sonst, namentlich diejenigen des Militär-, Marine- und Postetats. Es wird die ganze Angelegenheit der Finanzlage nicht zu fragen sein: ist eine Ausgabe zu machen wünschenswerth, sondern ist es unumgänglich notwendig? In Bezug auf die ohne Bewilligung des Reichstages gemachten militärischen Ausgaben glaube ich, wird die Militärverwaltung den Antrag auf Indemnität stellen müssen. Das ist die erforderliche eltsrechtliche Form. In materieller Beziehung wird, wenn, wie ich nicht zweifle, die Gründe dafür ausführlich gegeben werden, die Indemnität alsdann keinen Schwierigkeiten begegnen. Der Abg. v. Benda hat seine Ueberzeugung darüber ausgesprochen, daß die Finanzlage sich jetzt so unangenehm darstellt. Im Juni habe man über den Umfang des Deficits noch keine Vorstellung gehabt. Ich nehme an, Herr v. Benda hätte etwas weniger fette Schrift genommen, um die Namen der 13 Abgeordneten dem Volke bekannt zu machen, welche es angeht, die Finanzlage für ihre Pflicht hielten, die Dampferkonventionen vorlage einer ernstlichen Prüfung zu unterwerfen. Sie sehen, daß es gut ist in Finanzfragen kaltes Blut zu behalten. Das gegen uns damals entwickelte nationale Pathos war wirklich nicht am Platz. Es ist aber doch ein wenig erfreulich und nicht normaler Zustand, daß über so wichtige Dinge, wie die Finanzlage, das Volk so lange in Unkenntnis gehalten wird. Hätten die Wähler vor wenig Wochen erfahren, wie dieser Etat aussieht und welches Deficit wir im laufenden Jahre haben, es wäre mancher Traum von Steuererleichterungen zu Schanden gegangen, man hätte dann wohl gewußt, daß die Verpflichtungen, die Grundsteuer u. zu ermäßigen, oder den Kommunen Zuwendungen zu machen, nicht gehalten werden könne. Es wird daraus wieder nichts und wird noch lange nichts werden. Eine der wunderbaren Erscheinungen ist die, daß der Bundesrath mit gekreuzten Armen den Etat einbringt und ganz ruhig abwartet, wo die Mittel zur Deckung der Ausgaben herkommen. (Sehr richtig! links.) Der Reichstag soll die Sorgen des Finanzministers übernehmen und es haben sich allerdings schon Herren dazu gemeldet. Die Herren v. Malchow, v. Wedell und heute Kausner sind ganz bereit in die Verlegenheit zu treten und die Stelle einzunehmen, die der Finanzminister einzunehmen verpflichtet ist. Ich freue mich, daß wenigstens Hr. v. Benda so viel von den früheren Traditionen beibehalten hat, daß er die Initiative für Steuerentwürfe der Regierung überlassen will. Das hätte man in Hildesberg auch beobachten sollen. Dort hat man allerdings drei neue indirecte Steuern angeboten, um damit directe Steuern zu erleichtern (hört! links). Da haben Sie etwas versprochen, was Sie gar nicht halten können. Etwas Sie doch so vorzüglich früher. Sie galten früher als eine Säule altpreussischer Finanztradition. (Heiterkeit links.) Ich habe mich an Ihnen früher gefreut und gefürchtet, heute bin ich längst über. (Heiterkeit.) Welchen Erfolg hat das Hildesberger Programm? Eine Börsensteuer, die Sie entsetzt. Das sind die Gefahren der Initiative auf diesem Gebiet. Steuererleichterungen aber können Sie doch gewissenhafter Weise jetzt gar nicht versprechen. Die Einkommensteuer, welche der Abg. v. Benda seit 1879 in der Finanzpolitik gemacht hat, ist doch eine sehr starke und unermittelte. Im Jahre 1879 hat der Abg. v. Benda im preussischen Abgeordnetenhaus in Gemeinschaft mit mir die Grundzüge der damaligen national-liberalen Partei in Bezug auf die Finanzpolitik in der Generalbericht der Budgetcommission festgestellt. Er erklärte damals das Finanzprogramm der Bundesregierungen, welches eine ungemessene Summe von indirecten Steuern haben wollte, für nicht annehmbar, weil es das alte, hergebrachte Verhältnis in dem Maßstab der Erhebung der directen und indirecten Steuern von Grund aus umstieß (hört! links) und mit den Ueberlieferungen brach, welche in der preussischen Finanzpolitik fest begründet erschienen (hört, hört!); ferner, weil es die Einkommen- und Dotirung der Kreise und Stadtgemeinden beeinträchtigt (hört!), obwohl das Bedürfnis keineswegs gleichmäßig dazu vorhanden ist. Und nun vergleichen Sie damit das gestern von Herrn v. Benda entwickelte Programm! Das treffendste war die Antwort des Herrn v. Scholz gegenüber Herrn v. Benda. (Sehr gut! links.) Auch ich meine, die Herren können nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Entweder Sie machen sich zu Mitregern

dieser Finanzpolitik und arbeiten mit den Conservativen neue Steuerprojekte aus, oder Sie schließen sich uns in der Fortführung Ihrer eigenen früheren Finanzpolitik an. Die Ziele der Steuerreform sind bisher jedenfalls nicht erreicht. Man hat Steuererleichterungen versprochen und sie nicht gehalten. Die Thronrede vom 12. Februar 1879, durch welche die neue Finanzpolitik eingeleitet wurde, sagt ausdrücklich, daß diese Politik zunächst durch Beschaffung neuer Einnahmequellen für das Reich es den Einzelstaaten ermöglichen will, auf die Forterhebung ihrer drückendsten Steuern zu verzichten. Der Minister Bitter hat das wiederholt bekräftigt; und Hr. v. Büttner hat in seiner berühmten Rede gesagt, viele Steuererleichterungen müßten erfüllt werden; eine Enttäuschung in dieser Hinsicht würde ein Stoß ins Herz der Monarchie sein. Es ist unmöglich, daß man die Reichstagsabgeordneten verpflichten will, die Einnahmen zu bewilligen, welche nachher von den Abgeordneten der Einzelstaaten verwendet werden. Wer die Ausgaben beschließt, der soll auch die Verantwortung für die Deckung derselben übernehmen! Die Verrechnung des Herrn v. Malchow, wonach die Ausgaben des Reiches seit 1875 nur um 18 Millionen geblieben sein sollen, verheißt ich nicht; sie sind seitdem um etwa 60 Millionen gestiegen. Der Militärstat hat im Ordinarium ein Aus von 22 Mill.; die Marine und die Reichsschuld von je etwa 17 Mill. Unrichtig ist ferner Herr von Malchow's Behauptung, die Liberalen hätten den Fortgang der Steuerreform in Preußen verhindert. Die Politik der Verwendungsgehalte ist dort von dem Abgeordnetenhaus in seiner Gesamtheit zum Scheitern gebracht worden. Die Aufhebung der 2. Klassensteuerstufe ist auch von uns beschlossen worden. (Minister von Scholz: Nein!) Das wird aber wirklich gut! (Heiterkeit.) Ich kann Ihnen beweisen, daß wir für den Erlaß der zweiten Stufe gestimmt haben. Wie sieht es aber überhaupt mit der Entlastung von directen Steuern? In Preußen waren schon früher 29% der Bevölkerung steuerfrei. Von den übrigen sind durch Streichung der untersten Stufen weitere 74% von jeder directen Steuer befreit. Diese können also gar nicht mehr erleichtert werden! Jede Ausdehnung der indirecten Steuern aber trifft gerade die ärmsten Klassen der Bevölkerung. Gegen eine solche Finanzpolitik werden wir so lange protestiren, als überhaupt noch ein Eimer von uns in diesem Hause einen Platz hat! Daß ist keine Politik zum Wohl der ärmeren Klassen. Der Abgeordnete v. Malchow braucht viel Geld; im Minimum — ganz abgesehen von der Socialpolitik 130 Millionen. Woher die nehmen, sagt er nicht. Beim Schnaps geht er wie vor; beim Zucker will er vorsichtig sein; er behält abrig Kornzoll und Börsensteuer. Will er damit 130 Mill. schaffen? Wie vielfach will er denn den Getreidezoll erhöhen? Und wie viel soll die Börsensteuer abnehmen? (Auf rechts: 30 bis 40 Mill.) Das werden wir bei der nächsten Discussion Ihres Vorschlages sehen; einstweilen haben Sie nur von den Projekten gelebt, die von des Bundesraths Tische fallen. Betreffs der Getreidezölle hat Herr v. Malchow seit 1879 eine große Schwermuth gemacht. Am 6. Mai erklärte er eine Rede gegen den Getreidezoll. Damals erklärte er, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse von den Schutzzöllen überhaupt nicht kommen könne. Auch der kleinste Zoll drücke sich im Preise aus; die Kornzölle näherten sich dem Ideal einer Abgabe, wie sie nicht sein soll. Allerdings war in jener Maired schon ein kleiner Frühlingsstieb des jetzigen Standpunktes des Herrn v. Malchow vorhanden; aber daß er so mächtig sich entwickelte, hat mich überrascht. Die Geschichte von den Kaufleuten A. und B. die beide wetten und damit den Preis des Getreides mitbestimmen, ist nicht neu, sie hat schon bei den Wahlen eine Rolle gespielt. Ein solcher Mangel an Kenntniß der Dinge ist kaum zulässig, wenn man sie als Grundlage im Parlament für eine Steuer vorschlägt. Dies Börsenspiel soll den Preis mitbestimmen helfen! Seitdem wir Eisenbahnen und Telegraphen haben, ist der Grundpreis für das Getreide in ganz Europa derselbe (Sehr richtig! links); die Börse ist es, die vielgeschmähte, welche die Ausdehnung der Preise in den verschiedenen Weltgegenden bewirkt. Der Grundpreis ist derselbe, die Differenz ergibt sich aus Frachtaufschlag, Zollaufschlag u. s. w. Daß ein Kaufmann sich vom Ausland schlechtes Getreide hereinimportiren lasse und zu Schleuderpreisen verkaufe, ist eine interessante Annahme des Herrn v. Malchow, sie ist aber unrichtig. Halten Sie die Kaufleute für so verdohrte Menschen, daß sie, obwohl sie gern sonst Geld verdienen, ein wahres Vergnügen daran haben, das Getreide zu Schleuderpreisen wegzugeben und Verluste zu erleiden? (Heiterkeit.) Falsch ist die Annahme des Herrn v. Malchow, daß nur schlechtes Getreide aus dem Ausland kommt. Die Börse controlirt die Qualität des Getreides. Es kann wohl vorkommen, daß Getreide, welches zum Verzehren geeignet ist, nicht für börsenfähig erklärt wird; aber es kommt nicht das umgekehrte vor. (Zuruf des Herrn v. Malchow.) Glaubt Hr. v. Malchow, daß dies ein Dieb gegen mich sein könnte? Ich würde mich wahrlich nicht schämen, wenn ich Kaufmann wäre. Traurig genug, daß in dem Kaufmannsstande das Bewußtsein davon mitunter nicht lebendig genug ist, daß sie stolz auf ihren Beruf sein können, wie irgend ein anderer Beruf. Daß ich aber keine Vorlesung mache, das wissen die Herren wohl Alle. Herr v. Malchow jagt: wenn der Landmann Geld hat, haben auch die übrigen Geld. Die meisten Bauern bekommen aber leider kein Geld aus dem Getreidezoll, sondern, wie erst die Berufsstatistik erwiesen hat, verkauft die große Mehrheit der Landwirthe gar kein Getreide. Die landlichen Arbeiter verkaufen zwar den Weizen und Hafer, den sie als Deputat bekommen, müssen dafür aber Roggenmehl und Brod kaufen. (Sehr richtig! links.) Darüber aber, daß der Zoll den Getreidepreis erhöht, ist doch wohl kein Streit mehr. Die frühere preussisch-deutsche Finanzpolitik war diejenige, der wir unseres Vaterlandes Machtstellung verdanken. Sie erlaubte uns nicht den Lärm, den England und Frankreich getrieben haben; sie war die Politik der Sparsamkeit, und es ist dringend zu wünschen, daß wenigstens die Conservativen Aufklänge empfinden an jene knappe, vielleicht mitunter engherzige Politik unserer Väter, durch die wir aber groß und mächtig geworden sind. Die indirecten Steuern können bei uns niemals so viel bringen wie in Frankreich, einfach deshalb, weil bei uns viel weniger konsumirt wird. Der preussische Finanzminister hat dem Abg. Richter gestern gesagt, Unzufriedenheit würde nur von Leuten erregt, die sich ein Geschäft daraus machen. Wenn Sie nun aber die Wahrheit sagen — sind die Verfechter derselben an der Unzufriedenheit schuld? (Sehr richtig! links.) Hat denn die Regierung nicht 1879 Verprechungen gemacht? Ist nicht in den offiziellen Altschriften, die ich heute verlesen, Erleichterung der directen Steuern verheißt worden, oder wollte nicht der Reichstagskanzler die indirecten Steuern vermindern, um das Einnahmewilligkeitsrecht des Reichstages zu schmälern. Ist es wahr, daß Socialpolitik, die die arbeitende Klasse befreit, in deren Interesse liegt? (Auf: Nein!) Sie rufen „Nein“ und doch habe ich bewiesen, daß das der Fall ist. Allein von Petroleum, Salz und Getreide haben Sie eine Einnahme von 90 Millionen

gegenehmigen, abgelehnt, weil ein Theater auf dieser
Platze in keinem Falle den Anforderungen entsprechen

